

# PROTOKOLL

**21. Sitzung des Gemeinderates  
vom Mittwoch, 10. Jänner 2018 um 19.30 Uhr im Gemeindesitzungssaal**

## **Anwesend:**

Bgm. MMag. Monika Wechselberger  
Bgm-Stv. Franz Eberharter  
MGR Franz-Josef Eberharter  
MGR Heidi Lassnig  
MGR Notburga Huber  
MGR Wolfgang Höllwarth  
MGR Susanne Kröll  
MGR Renate Huber-Rahm  
MGR Hans Jörg Moigg  
MGR Hansjörg Geisler  
MGR BA Johannes Valentin  
MGR Markus Bair  
MGR Markus Freund  
MGR Johann Georg Geisler  
MGR Tina Kröll

## **Schriftführer:**

Amtsleiter Dr. Wolfgang Stöckl  
Bauamtsleiter DI Andreas Walder zu TO.Punkt 4

## **Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung Protokoll der 20. Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2017 (öffentlicher Teil)
3. Genehmigung Protokoll 15. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom 30.11.2017
4. Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich Obere Hauptstraße - Zillertal gemäß Entwurf vom 8.1.2018 - Auflage bzw. Erlassung
5. Weiteres Vorgehen bei der Eckartaubachverbauung
6. Grundsatzbeschluss zur Betreuung Tiefgarage im Sozialzentrum

7. Verordnung und Tariffestlegung für Bus-Parkplatz Bereich Vorplatz Sozialzentrum
8. Genehmigung Protokoll 9. Sitzung Überprüfungsausschuss gemäß § 109 TGO vom 18. Dezember 2017
9. Festlegung Geschäftsordnung für Gemeindefinsatzleitung gemäß "Muster-Geschäftsordnung" der Abteilung Katastrophen- und Zivilschutz im Amt der Tiroler Landesregierung
10. Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)

1) **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

Die Bürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand vorgebracht.

GV Hans Jörg Moigg weist darauf hin, dass im Sitzungsprogramm das Protokoll zu TO.Punkt 8 zweimal aufscheint und zwar einmal mit komplettem Inhalt und einmal nur mit den Tagesordnungspunkten, sodass das vollständige Protokoll als einziges im „SESSION“ verbleiben soll.

2) **Genehmigung Protokoll der 20. Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2017 (öffentlicher Teil)**

Zu Seite 386 / Mitte (**Zusatz-Schulbus nach Hollenzen-Eckartau**) stellt MGR Renate Huber-Rahm klar, dass es für den nächsten Dienstag noch keine Zusage von Vorstand Dir. Reiter gibt, den Schibus-Plan auf diese Bedürfnisse abzuändern, sie werde mit dem Genannten aber in dieser Sache in Kontakt bleiben.

Zum Thema „Sicherheit“ ergänzt MGR Heidi Lassnig das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2017 um ihren Vorschlag, es mögen sich einige Gemeinden des Hinteren Zillertales zusammenschließen, um gemeinsam einen „mobilen Radarkasten“ anzuschaffen, worauf die Bürgermeisterin zusagt, den betreffenden Bürgermeisterkollegen diese Empfehlung anlässlich der nächsten Zusammenkunft zu unterbreiten.

Zu Seite 387 / 2. Absatz (**Tiefgarage im Sozialzentrum**) berichtet die Bürgermeisterin vom geplanten Termin mit informierten Vertretern der Firma „Neue Heimat Tirol“ am

15. Jänner um 14 Uhr, wozu alle interessierten Gemeinderatsmitglieder eingeladen sind.

Bürgermeister-Stellvertreter Franz Eberharter ergänzt, dass zu diesem Gespräch jedenfalls auch der zuständige Elektroplaner anwesend sein sollte.

Zu Seite 395 / vorletzter Absatz (**Bergrettungsgarage beim neuen Hubschrauber-Hangar Laubichl**) erkundigt sich MGR Wolfgang Höllwarth, ob es von Seiten der Bergrettung bereits eine Reaktion auf die Empfehlung der Herstellung eines vertraglichen Zustandes zwischen der Bergrettung mit dem Hubschrauberunternehmer gibt, worauf Amtsleiter Dr. Stöckl antwortet, gleich nach den Feiertagen ein E-Mail an den Obmann und den Obmann-Stellvertreter der Bergrettung verfasst zu haben, das noch nicht beantwortet wurde.

Zu Seite 385 / Mitte (**Verkehrsberuhigte Zone Obere Hauptstraße**) erkundigt sich MGR Johann Georg Geisler, ob die heurige Regelung zu den ausgegebenen Berechtigungskarten Beschwerden oder Kritik hervorgerufen hat, worauf die Bürgermeisterin von kleinen Ungereimtheiten und Regelungsbedarf am Anfang des Geltungszeitraumes berichtet, welche aber sofort korrigiert und nachgebessert werden konnten. Im übrigen gab es auch ausreichend Lob für die gute Vorbereitungsarbeit im Amt von den Beziehern der Berechtigungskarten.

MGR Wolfgang Höllwarth stellt die Anfrage, weshalb im Bereich der Tiefgarage und im Bereich Busparkplatz Securityorgane platziert sind, worauf die Bürgermeisterin die Festlegung im Gemeindevorstand anlässlich der Besprechung vom 28. Dezember erwähnt, wonach alle Schranken der Tiefgarage aktiviert werden sollen, und das Securityorgan dafür abgestellt wurde, im Falle von Problemen die sichere Ausfahrt von Fahrzeugen zu gewährleisten. Zudem hat dieses Organ derzeit darauf zu achten, dass der Busparkplatz nicht von Autos verstellt wird.

MGR Susanne Kröll berichtet in diesem Zusammenhang von ihrer Beobachtung, dass ein Securityorgan trotz offensichtlichem Handlungsbedarfs nicht tätig wurde, worauf andere Teile des Gemeinderates wieder behaupten, „die Schranken sind trotz der Security immer offen“.

Zu Seite 407 / 2. Absatz (**Geschäftsordnung Lawinenkommission**) erwähnt Lawinenkommissionsvorsitzender MGR Johann Georg Geisler, dass sein Vorname mit „Hansjörg“ aufscheint, worauf AL Stöckl antwortet, dass er auch schon in den früheren Geschäftsordnungen mit diesem Vornamen aufscheint und durch die Bezeichnung in der Geschäftsordnung als „Vorsitzender der Lawinenkommission“ Irrtümer oder

Verwechslungen mit dem anderen Gemeinderatsmitglied gleichen Namens auszuschließen sind.

Im Übrigen erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Protokoll und wird dieses sodann samt den darin enthaltenen Beschlüssen einstimmig genehmigt und gemäß § 46 (4) Tiroler Gemeindeordnung 2001 unterfertigt.

### **3) Genehmigung Protokoll 15. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom 30.11.2017**

Obmann Markus Bair trägt dieses Protokoll vor und berichtet zusammengefasst, dass Ing. Hirschhuber noch immer dabei ist, als Sachverständiger die Grundlagenerhebung für die betreffenden **30 km/h-Bereiche** vorzunehmen, damit je nach Zuständigkeit die BH oder die Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich die nötigen Verordnungen erlassen können.

Des weiteren befasste sich der Ausschuss mit der Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes bzw. der Verkehrsberuhigten Zone, wobei der erwähnte Sachverständige in Mayrhofen langfristig die Einführung sogenannter **Begegnungszonen** in stark frequentierten Bereichen empfiehlt, die laut Ausschussmeinung zwar gut, aber wegen der damit verbundenen Kosten nur langfristig umsetzbar sind.

Zum Abschluss der Ausschusssitzung thematisierte dieses Gremium noch gemeinsam mit Vorstand Dir. Josef Reiter von den Mayrhofner Bergbahnen den Bereich **Taxistandflächen** mit Schwerpunkt Standort Dornaustraße zur Penkenbahzubringung von Fahrgästen.

Der Vorschlag des Ausschusses wegen Anbringung **Wappen Partnerstädte im Bereich B 169** erhielt von Seiten der Oberbehörden keine Zustimmung, sodass der Ausschuss in einer weiteren Sitzung entscheiden wird, ob diese Wappen eventuell an gut sichtbaren Stellen innerörtlichen Nebenstraßen angebracht werden könnten.

Zu Tagesordnungspunkt 3 des Ausschussprotokolls (**Beschilderung Tiefgarage Sozialzentrum**) stellt MGR Wolfgang Höllwarth die Anfrage an die Bürgermeisterin, seit wann die Tiefgarage funktioniert, worauf die Vorsitzende die Einnahmen der ersten Jännerwoche beziffert, wobei die Einnahmen aus dem Titel des Kaufes mehrmonatiger Parkkarten noch nicht einkalkuliert sind.

Eine detaillierte Auswertung wird noch erfolgen.

MGR Höllwarth ergänzt, er war wiederholt Ende Dezember und Anfang Jänner im Bereich der Tiefgarage und fand den Schranken dabei immer im geöffneten Zustand vor, sodass sich für ihn die Frage nach Verantwortlichkeit für den Einnahmenverlust stelle. Außerdem erkundigt sich Höllwarth nach der derzeitigen Anzahl von Dauermietern für Parkplätze.

Die Bürgermeisterin beziffert die letzte Frage mit ca. 30 Plätzen und verweist zur Frage der Verantwortlichkeit auf die für kommenden Montag nachmittags anberaumte Sitzung mit der Firma „Neue Heimat Tirol“ als Eigentümerin und Vermieterin sowie dem von Bgm-Stv. Franz Eberharter zusätzlich vorgeschlagenen Elektroplaner.

Sodann wird das gegenständliche Protokoll ohne weitere Wortmeldungen genehmigt.

#### **4) Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich Obere Hauptstraße - Zillerlände gemäß Entwurf vom 8.1.2018 - Auflage bzw. Erlassung**

Dieser Tagesordnungspunkt wird von Bauamtsleiter DI Andreas Walder erklärt.

Von zwei Grundstückseigentümern, die im Planungsgebiet eine Liegenschaft besitzen, wurde 2017 der Antrag auf Erlassung eines Bebauungsplanes gestellt. Es handelt sich zum einen um die Liegenschaft Hauptstraße 481 zum anderen um die Liegenschaft Zillerlände 489. Der Zweck eines Bebauungsplanes ist die Gestaltung der Straßenräume sowie der angrenzenden Kubaturen. Die Nutzung des Planungsgebietes wird in der Flächenwidmung definiert. Im gegenständlichen Bereich befindet sich eine neuralgische Engstelle. Anhand der Festlegung der Straßenfluchtlinie wird nunmehr der Straßenraum, im Bereich des Stallgebäudes gegenüber dem Blumengeschäft Kerschdorfer, neu geregelt.

Zwischen dem Objekt Hauptstraße 481 und dem Objekt Hauptstraße 482 wird die gekuppelte Bauweise festgelegt. Beim Gebäude Hauptstraße 482 sind direkt an der Grundgrenze Fenster im Bestand vorhanden. Diese Angelegenheit muss in einem allfälligen Bauverfahren geklärt werden. Vom Planer des Objektes Hauptstraße 481 werden derzeit dazu alte Planunterlagen ausgehoben.

Ausschussobmann Franz-Josef Eberharter gibt seinem Befremden Ausdruck, dass der Bebauungsplan vom Ausschuss eigentlich noch nicht freigegeben ist. Er spricht sich gegen einen Auflagebeschluss in der heutigen Sitzung aus.

Der Vorschlag der Raiffeisenbank, dass die vorhandene Tiefgaragenabfahrt der Raiba auch für das Objekt Zillerlände 489 verwendet werden könnte, wurde dem Planer Goran Lucic mitgeteilt. MGR Wolfgang Höllwarth ist dazu der Ansicht, dass mit der Erlassung des Bebauungsplanes noch zugewartet werden sollte, da eine evtl. größere Tiefgarage zu berücksichtigen wäre.

MGR Hans Jörg Moigg schließt sich der Ansicht von MGR Wolfgang Höllwarth sowie Obmann MGR Franz-Josef Eberharter, dass die Erlassung des Bebauungsplanes jetzt noch zu früh ist, an.

Der Gemeinderat spricht sich mehrheitlich dafür aus, in der heutigen Sitzung keinen Beschluss zu fassen. Abschließend gibt Ausschussobmann Franz-Josef Eberharter noch den Termin für die nächste Raumordnungsausschusssitzung bekannt. Diese wird am 24.01.2018 um 19.00 Uhr stattfinden.

## 5) Weiteres Vorgehen bei der Eckartaubachverbauung

Hiezu erklärt Bgm. MMag. Monika Wechselberger noch einmal die Dringlichkeit wegen gefüllter Sperren und berichtet sodann von ihrem Gespräch mit Dipl.-Ing. Franz Schweiger als landwirtschaftlichem Sachverständigen, der ein Tauschverhältnis 1:1 wegen unterschiedlicher Nutzungs- bzw. Beschaffenheitsformen tauschgegenständlicher Grundstücke nicht von vornherein annimmt.

Genannter Sachverständiger sollte daher ein Gutachten ausarbeiten, um für weitere Gespräche fundierte Zahlen präsentieren zu können, wobei die „Widmungsvariante“ laut Bürgermeisterin deshalb immer noch im Gespräch bleibt.

In anschließender kurzer **Beratung** fragt Bgm-Stv. Franz Eberharter an, ob von DI Schweiger eine Begutachtung bzw. Bewertung aller involvierten Flächen vorgenommen wird, was die Bürgermeisterin bejaht.

MGR Johann Georg Geisler sowie MGR Franz-Josef Eberharter schildern noch kurz die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen beim angrenzenden Waldbereich und der Gemeinderat gelangt sodann im **weiteren Vorgehen** zur einhelligen Auffassung, den landwirtschaftlichen Sachverständigen DI Franz Schweiger mit der von der Bürgermeisterin erwähnten Gutachtertätigkeit zu beauftragen.

## 6) Grundsatzbeschluss zur Betreuung Tiefgarage im Sozialzentrum

Hiezu erklärt die Bürgermeisterin, dass sowohl das Angebot der Firma „BOE“ als auch der daraufhin verfasste Aktenvermerk von Ing. Raderer im Sitzungsprogramm SESSION zur Information an die Gemeinderäte zeitgerecht eingegeben wurde. Zudem berichtet die Vorsitzende, dass auf die Stellenausschreibung „Tiefgaragenbetreuer“ 17 Bewerbungen eingelangt sind, die auf eine Entscheidung warten, sodass heute schon unbedingt ein Grundsatzbeschluss zur Betreuung gefasst werden muss.

**Beratung:**

MGR Wolfgang Höllwarth verweist auf den relativ hohen Finanzaufwand im Falle der Beauftragung von BOE und die Bindung auf 5 Jahre, worauf MGR Hansjörg Geisler erklärt, es handle sich bei diesem Zeitraum lediglich um einen Vorschlag, der auch eine geringere Vertragsdauer zulasse.

Darüber hinaus erklärt MGR Höllwarth, die anbietende Firma habe offensichtlich bei Anbotlegung übersehen, dass die Gemeinde die Buchhaltung im eigenen Hause habe und diesbezüglich keine Leistungen der BOE erforderlich sind.

Obwohl er grundsätzlich ein Verfechter von Ausgliederungen zur Entlastung der Gemeindeverwaltung ist, vertritt er die Auffassung, die Gemeinde könne – allenfalls über eine Anstellung eines Geschäftsführers – auch die angebotenen Leistungen anbieten. Nachträglich betrachtet war es vielleicht ein Fehler, die von der Firma „Neue Heimat Tirol“ angebotene Betriebskostenverwaltung abzulehnen.

Insgesamt spreche er sich gegen das vorliegende Angebot der BOE aus, zumal mit der Anbotssumme wirtschaftlich gesehen bereits ein 50%-Mitarbeiter von der Gemeinde bezahlt werden kann.

Auch andere Gemeinden wie Kirchberg, Seefeld und Saalbach verwalten ihre Tiefgaragen selbst, so MGR Höllwarth abschließend.

GV Markus Bair beginnt sein Statement mit der Aussage, Seefeld verwalte nach seinem Wissen nicht selbst, die 5 Jahre des BOE-Angebotes sind wie erwähnt nur ein Vorschlag und der Anlauf seit Übergabe Mitte November sei „nicht verschlechterbar“.

So funktioniere die Notrufregelung immer noch nicht und der Betriebsablauf mit Reinigung etc. ist nicht strukturiert, sodass er einen Versuch mit der anbietenden Firma empfehlen würde.

Auf Anfrage von MGR Wolfgang Höllwarth, ob mit Verantwortlichen des Altenheimes Gespräche für allfällige Teilleistungen im Betreuungsbereich der Tiefgarage stattgefunden haben, zumal sich im Hause ständig Personal befindet.

Bgm. MMag. Wechselberger antwortet, beim erwähnten Personal handle es sich um Pflegepersonal, das den eigenen Arbeitsbereich laut Auskunft des Verbandsvorsitzenden nicht zu fremden Zwecken verlassen kann.

GV Hans Jörg Moigg spricht sich grundsätzlich für die Anstellung eines Betreuers aus und schlägt sodann vor, technisch versierte Leute aus dem Erlebnisbad und Europahaus - eventuell begleitend mit dem „Maschinenring“ - sollten in der Phase bis zur Anstellung des hauptamtlichen Betreuers Unterstützung leisten, worauf MGR

Valentin erklärt, er müsse genauer analysieren, welche Bereiche mit welchen Leuten des Erlebnisbades bewältigt werden könnten.

Bgm-Stellv. Franz Eberharter vertritt die Ansicht, auch eine allfällige Annahme des BOE-Angebotes decke mit reinem Management nicht sämtliche Erfordernisse ab und ersparen damit nicht die Anstellung eines Betreuers.

GV Hans Jörg Moigg stellt fest, dass auch die Werbeflächen-Vermarktung noch nicht angegangen wurde, worauf GV Markus Bair meint, diese Einnahmen wären in Anbetracht der derzeitigen Einnahmenverluste momentan eine vernachlässigbare Größe. Die Bürgermeisterin ergänzt, die künftige bessere Auslastung der Tiefgarage werde auch das Interesse von Unternehmern steigern, dort Werbungen zu platzieren.

Sodann wird nochmals aufgeworfen die Frage der Verantwortlichkeit für die derzeit unzulängliche Situation, worauf Bgm-Stv. Franz Eberharter klar stellt, dem Bauausschuss könne die Verantwortlichkeit nicht zugeordnet werden.

Bgm. MMag. Monika Wechselberger ergänzt, das Bauamt habe auch keine klaren Aufträge von Ausschuss und Gemeinderat über Zuständigkeiten, Tätigkeitsbereiche und Verantwortlichkeiten zur Tiefgarage erhalten.

Bauamtsleiter DI Andreas Walder meldet sich daraufhin mit dem Erklären zu Wort, das Bauamt warne seit ungefähr einem Jahr, dass es ohne klare Verantwortungsstrukturen nicht möglich sei, ein derartiges Vorhaben funktionieren zu lassen und nicht ohne Grund habe z.B. die Gemeinde Ischgl schon Monate vor Inbetriebnahme einer großen Tiefgarage eine Anstellung einer Betreuungsperson vorgenommen, zumal es nicht nur darum gehe, wer die Garage reinigt, sondern der Hauptteil der Vorarbeiten im technisch-organisatorischen liegen, so der Bauamtsleiter, worauf die Bürgermeisterin es für nicht zielführend erachtet, „Schuldigsuche zu betreiben“, sondern Verbesserungen für die Zukunft anzugehen.

GV Markus Bair nimmt Bezug auf die Stellenausschreibung des Betreuers und beanstandet im Hinblick auf das zu erwartende Defizit des Tiefgaragenbetriebes die zudem hinzukommenden Personalkosten bei Anstellung, sodass bei der Fa. BOE zumindest noch ergänzend anzufragen wäre, was sein Bereitschaftsdienst während der Nachtstunden kosten würde.

Nachdem MGR Höllwarth eine Arbeitsaufteilung mit Erlebnisbad-Personal als tauglich bezeichnet, erklärt GV Hans Jörg Moigg, die von Markus Bair erwähnte Nachtbereitschaft könne auch ein Security-Dienst übernehmen und die von GV Bair

auch angesprochenen Personalkosten bzw. die Entlohnungshöhe sei damit zu rechtfertigen, dass vom neuen Mitarbeiter ein hohes Maß an Bereitschaftsdienst sowie eine Mitarbeit im Gemeinde-Bautruppf gefordert würde.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes empfiehlt MGR Hansjörg Geisler, die Regelung „erste Stunde Gratisparken“ gehöre deutlich angeschrieben und sodann wird zum **weiteren Vorgehen** festgelegt, der Gemeindevorstand wolle zeitlich dringend die Anhörung von 3 Bewerbern der engeren Wahl vornehmen.

## **7) Verordnung und Tariffestlegung für Bus-Parkplatz Bereich Vorplatz Sozialzentrum**

Die Vorsitzende erklärt, sie sehe nicht ein, weshalb die Gemeinde alleine für die Errichtung und Erhaltung örtlicher Bus-Parkplätze ständig aufkomme und daher solle auch einnahmenseitig aus diesem Titel etwas erzielt werden.

Daraufhin berichtet GV Hans Jörg Moigg, Bus-Parkplätze erzielen eine allgemeine Wertschöpfung für das Dorf und er habe vom Tourismusverbandsobmann die Bereitschaft erhalten, einen Beitrag des TVB zu bekommen.

Nach der Bemerkung des Vizebürgermeisters, dass auch Linienbusse in diesem Bereich ein- und ausfahren und die genaueren Festlegungen in einer gemeinsamen Sitzung mit dem TVB zu treffen wären, verweist die Bürgermeisterin auf einen früher an die Gemeinde übermittelten Beschluss des TVB-Aufsichtsrates, für infrastrukturelle Maßnahmen der Gemeinde, zu denen auch Bus-Parkplätze gehören, keine Unterstützungen zu leisten.

Sodann bringt Bgm. Wechselberger Vergleichszahlen von Städten mit Tarifen zwischen € 5,-- bis € 8,-- je Stunde, worauf MGR Johann Georg Geisler zuerst die Besprechung mit dem TVB-Vorstand und erst dann die Tariffestlegung durch die Gemeinde vorschlägt.

MGR Heidi Lassnig erklärt, der betreffende Bus-Parkplatz beim Sozialzentrum könne auch in die Überlegungen einer zentralen Bus-Sammelstelle einfließen, die von den jeweiligen Hotels mit Kleinbussen bedient wird.

Daraufhin wird festgelegt, es möge vorerst für die betreffende Fläche an der Nordgrenze des Sozialzentrums ein Bus-Parkplatz verordnet und in Abstimmung mit dem Tourismusverband eine allfällige Parkgebühr für die 15 Bus-Abstellplätze festgelegt werden.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, für die auf Gst.Nr. 808/12, GB 87113 Mayrhofen befindliche Parkfläche eine Verordnung zu erlassen, wonach ein allgemeines Halte- und Parkverbot, ausgenommen Busse, gelten soll.

**8) Genehmigung Protokoll 9. Sitzung Überprüfungsausschuss gemäß § 109 TGO vom 18. Dezember 2017**

Obmann GV Markus Bair trägt dieses Protokoll vor und erklärt zu Tagesordnungspunkt 2 (**Nebenkassen Gemeindepolizei**) es ist nach längerer Dauer nun eine einfachere Lösung der Kassengebarung und Abrechnung mit den Gemeindepolizisten gefunden worden.

Zu Tagesordnungspunkt 3 (**Laufende Gebarungsüberprüfung**) nimmt die Bürgermeisterin kurz Stellung zur Anfrage von MGR Lassnig im Zusammenhang mit den Kosten der Firma CWS-Security für Stellungnahmen bei der Bezirkshauptmannschaft.

Bis auf die Festlegung, die Abonnements der „Zillertaler Heimatstimme“ künftig spätestens bis zum ersten Quartal des Jahres vorzuschreiben, ergingen im Ausschuss keine Wortmeldungen mehr und wurde der Gemeindekasse eine ordnungsgemäße Buchhaltung attestiert.

Auch in der heutigen Gemeinderatssitzung ergehen zu diesem Protokoll keine Wortmeldungen mehr.

**9) Festlegung Geschäftsordnung für Gemeindeeinsatzleitung gemäß "Muster-Geschäftsordnung" der Abteilung Katastrophen- und Zivilschutz im Amt der Tiroler Landesregierung**

Diese Geschäftsordnung wurde in der Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2017 vorläufig zurückgestellt und den Gemeinderatsmitgliedern nunmehr rechtzeitig zur Durchsicht übermittelt.

Die Bürgermeisterin erklärt kurz, diese Vorlage basiere auf der landesweit einheitlich festgelegten Muster-Geschäftsordnung.

In weiterer Folge sind auch die vom Gemeinderat schon früher bestellten Mitglieder, namentlich der Bürgermeister-Stellvertreter, MGR Franz-Josef Eberharter, Gemeindepolizist Rene Wallenta, AL Dr. Stöckl und Sekretärin Martina Aschenwald, bescheidenmäßig als Mitglieder der Gemeindeeinsatzleitung zu bestellen.

### **Beschluss:**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, wird vorliegende Geschäftsordnung beschlussmäßig festgelegt

### **10) Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)**

Zu diesem Tagesordnungspunkt richtet MGR Johann Georg Geisler sein Wort an die Bürgermeisterin mit der Bitte, einen ehrlichen und geradlinigen Weg zu gehen, wie er dies auch als Gemeinderat tut. Im Speziellen erwähnt MGR Geisler die Angelegenheit **Tiefgaragenplätze für Sozialsprengel-Mitarbeiterinnen**, wonach er schon gerne vor der Abstimmung Gewissheit über das Abstimmungsverhalten der Bürgermeisterin haben würde.

Die Bürgermeisterin erklärt hierauf, sie sehe nicht ein, weshalb bei erwähntem Antrag eine Besserstellung gegenüber anderen Betroffenen erfolgen sollte und es habe jeder Gemeinderat, sohin auch sie selbst das Recht zur freien Abstimmung.

Daraufhin stellt MGR Tina Kröll die Anfrage, ob der **Parkplatz beim Sportheim** gebührenpflichtig ist, was von der Vorsitzenden verneint wird.

Sodann blickt MGR Höllwarth zurück auf die **Veranstaltung „Sicherheit“ im Europahaus** und fragt an, welche Maßnahmen zwischenzeitlich getroffen wurden, um die aufgezeigten Mängel zu beheben, worauf die Bürgermeisterin die Fixierung diverser Kanaldeckel ebenso erwähnt wie das Gespräch mit Josef Reiter zur Verankerung der Schibus-Haltestellenschilder und gewisse Maßnahmen der Bürgermeisterin zur Reduktion der Lautstärke bei verschiedenen Nachtlokalen.

MGR Renate Huber-Rahm ersucht um Prüfung, ob der Lautsprecher vor dem Lokal „Harakiri“ ordnungsgemäß angemeldet wurde oder zu beseitigen ist.

In diesem Zusammenhang erwähnt MGR Höllwarth tiefgreifende Änderungen im Datenschutzrecht durch die in Kraft getretene **Datenschutzgrundverordnung**, wobei die Gemeinde demnächst einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen hat. AL Stöckl

ergänzt, dieses Thema werde sicher im nächsten Merkblatt des Landes für die Gemeinden Tirols genauer erörtert werden.

GV Burgi Huber bezieht sich auf den jüngsten **Bericht der Bürgermeisterin in der „Heimatstimme“** mit Nennung eines Betrages von € 550.000,-- für den Kindergarten und fragt an, was mit diesem Betrag gemeint ist, worauf Bgm. Monika Wechselberger klar stellt, es handle sich nicht um irgendwelche Baukosten, sondern um den Personalkostenbereich und alle sonstigen Ausgaben, die im Kindergarten getätigt werden. Für Kindergarten und Schule wendet die Gemeinde derzeit jährlich € 2,2 Mio. auf.

Bgm-Stv. Eberharter nimmt Bezug auf den von der Bürgermeisterin im Dezember ausgegebenen **Sitzungskalender für Gemeinderat und Gemeindevorstand** mit dem Erklären, es wäre für Arbeitgeber im Gemeindevorstand nicht sehr günstig die Sitzungen um 14 Uhr anzusetzen, sodass ein späterer Zeitpunkt, z.B. ab 17 Uhr, gewählt werden möge.

Zudem erklärt der Vizebürgermeister, er wolle die für die Prozesse der Bürgermeisterin seit Anfang 2017 angefallenen **Rechtsanwaltskosten** im Gemeindevorstand vorgelegt erhalten, worauf die Bürgermeisterin die Frage an ihn stellt, von welchen Prozessen er spreche, zumal sie nur von einem anhängigen Verfahren weiß. Darüber hinaus sei es nicht „ihr Prozess“, sondern einer, den sie als oberste Vertreterin der Gemeinde zu führen hatte bzw. hat und wofür sie im übrigen ausreichend rechtsschutzversichert sei.

Sodann entwickelt sich noch eine kurze Diskussion zum **Projekt Bahnhof neu**, wobei sich einige Gemeindevorstandmitglieder verwundert zeigen, im „TT-Artikel“ von heute von Verkehrslösungen im Vorderen Zillertal, nicht jedoch vom Bahnhofprojekt in Mayrhofen gelesen zu haben.

Die Bürgermeisterin beruhigt insofern, als das Land Tirol unser Bahnhofs- und Verkehrsprojekt weiterhin sehr verfolgen und mit einer Sonderfinanzierung wesentlich mittragen wird, wobei der Bundesanteil noch nicht feststeht und das Gesamtprojekt mit Renovierung der Zillertalbahn derzeit auf € 160 Mio. geschätzt wird, davon der Mayrhofener Bahnhofsbereich mit € 60 Mio., so Bgm. Wechselberger, welche „etwaige Sorge, dass Mayrhofen nicht genügend Berücksichtigung findet, für nicht angebracht hält“.

Auf Frage der Vorsitzenden nach sonstigen Wortmeldungen erkundigt sich MGR Hansjörg Geisler beim Vizebürgermeister nach dem Stand der **Ausschreibung Breitbandprojekt** und zudem empfiehlt er, im Zuge der **Tuxerstraßen-Renovierung**

eine Stromkabellegung im Bereich der Ausweichbuchten für eventuelle spätere Blinklicht-Anbringungen vorzunehmen, worauf Bauamtsleiter DI Walder auf die bestehende Leerverrohrung verweist.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wird noch festgelegt, **Anträge im Flächenwidmungsverfahren** künftig wieder einer geheimen Abstimmung im Gemeinderat zu unterziehe und die Bürgermeisterin ersucht den Vizebürgermeister um baldige Behandlung der Themen Wasserzähler, Stellplatzverordnung und Lärmverordnung, insbesondere unter Aufhebung der veralteten „Rasenmäherverordnung“ aus den 70er Jahren, worauf Bgm-Stv. Eberharter erklärt, im Bauausschuss schon eine konkrete Vorlage ausgearbeitet zu haben, die im Gemeinderat noch abschließend zu behandeln wäre.

Nach dem Hinweis auf verschiedenste **Einladungen**, welche morgen noch via E-Mail an alle Gemeindemandatare versandt werden, unter anderem jene zum Neujahrsempfang in das Kurhaus unserer deutschen **Partnerstadt Bad Homburg** am 20. Jänner, verweist die Bürgermeisterin unter Vorlage der aktuellen Titelseite auf die morgen erstmals erscheinende „**Neue Heimatstimme**“ mit dem Hinweis, die derzeitige Situation habe eine vernachlässigbare Reduktion der Abonnements gebracht und die derzeitige Situation mit der Firma der „Zillertaler Zeitung“ werde mit hoher Wahrscheinlichkeit ein gerichtliches Nachspiel mit der Gemeinde als Klägerin nach sich ziehen.

**Ende Öffentlicher Teil: 21.15 Uhr**

### **Hinweis:**

Dieses Protokoll wurde in der Gemeinderatssitzung vom 29.01.2018 einstimmig genehmigt.

Zum Thema Zusatz Schulbus nach Hollenzen-Eckartau erklärt MGR Renate Huber-Rahm die Formulierung im Protokoll „... für den nächsten Dienstag“ sei in diesem Zusammenhang wohl irrtümlich hineingerutscht und daher bitte zu streichen.